



NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 39

10. Dezember 2007

Inhalt

▪ Seite 1

- Der CDU-Parteitag in der spanischen Presse
- Parlamentspräsident Marín zieht kritische Bilanz der Legislaturperiode

▪ Seite 2

- Festnahmen nach tödlichem ETA-Anschlag

▪ Seite 3

- Zapatero will Vermögenssteuer abschaffen

▪ Seite 4

- Nationalisten fordern mehr Selbstbestimmung für Katalonien
- Skandal um illegale Abtreibungspraxis in Barcelona

▪ Seite 6

- Rodrigo Rato geht in die Privatwirtschaft
- Iberia bleibt mehrheitlich in spanischer Hand

▪ Seite 7

- OECD: Portugal einziges Land mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum

Newsletter aus Madrid

>> Der CDU-Parteitag in der spanischen Presse

Alle großen spanischen Tageszeitungen berichteten in der vergangenen Woche vom



Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover. Besonders häufig wurde dabei der Satz Merkels „Das Zentrum ist hier und nur hier“ zitiert. Gleichzeitig riefen sich die Kommentatoren an der Frage, was denn dieses „Zentrum“ bedeute. Die konservative Zeitung ABC feierte Angela Merkel als zukunftsweisend: „Merkel will die politischen Fundamente ihrer Partei für das nächste Jahrzehnt auf der Basis eines „interkonfessionellen“ Christentums festschreiben. Dabei benutzt sie Freiheit, Solidarität sowie die „deutschen Farben“ als Flaggen.

Die linksgerichtete „El País“ sieht vor allem die interne Führungsrolle Angela Merkels (Foto) gestärkt. Der Parteitag habe die „indiskutable Führungsrolle“ der Bundeskanzlerin unter Beweis gestellt. Die Zeitung sieht die „Andenpakt“-Fraktion um Roland Koch und Christian Wulff, die sie als „interne Opposition“ zur Kanzlerin bezeichnet, ohne echte Ambitionen und Chancen. Angesichts der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen seien beide Politiker ausreichend mit sich selbst beschäftigt. Das den spanischen Sozialisten nahe stehende Blatt zitierte Merkels Aussage, Demokratie und Sozialismus stellten einen Widerspruch in sich dar. Diesbezüglich habe die Bundeskanzlerin „eine Kerze bei Gott und eine beim Teufel“ angezündet, als sie gleichzeitig auch überzogene Abfindungen für Manager kritisiert habe.

Ein peinlicher Fehler unterlief der katalanischen Zeitung „La Vanguardia“. Sie bemerkte, die gesamte CDU-Spitze habe am Ende des Parteitages „gemeinsam mit 1.000 ste-

henden Delegierten“ die „deutsche Nationalhymne *Deutschland über alles*“ intoniert. Dieses Intonieren sieht die Zeitung als „vielleicht das deutlichste Symbol“ für den von ihr konstatierten Rechtsruck in der CDU. „Die CDU Merkels reklamiert das Zentrum für sich aber bewegt sich nach Rechts“, schreibt „La Vanguardia“. Zeichen dafür sei das Bekenntnis zu den deutschen Nationalsymbolen im neuen Grundsatzprogramm, oder die Aussage Merkels, Minarette dürften nicht absichtlich höher als Kirchtürme gebaut werden. Die CDU predige die soziale Marktwirtschaft, wolle aber „die sozialen Rechte der Arbeiter“ beschränken.

Zwei Tage nach dem Artikel jedoch stellte die Zeitung richtig, dass nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes die deutsche Nationalhymne bilde und dass die CDU selbstverständlich diese intoniert habe. In einem Gespräch mit dem „Newsletter aus Madrid“ stellte der Autor des Artikels, Isidre Ambrós, klar, er habe nicht beabsichtigt, die CDU und ihre Vorsitzende, Dr. Angela Merkel, in die „Nähe der Nationalsozialisten zu rücken“. Er versicherte, sich für den Fehler bei der CDU und Frau Dr. Merkel entschuldigen zu wollen.



In einem erneuten Kommentar brachte „La Vanguardia“ auch eine andere Interpretation des CDU-Parteitags als vorher. Die Zeitung stellte fest, Merkel habe erkannt, dass dies der richtige Moment sei, um die CDU in Richtung politische Mitte zu bewegen. Nur so könne die CDU regierungsfähige Mehrheiten erreichen.

>> Parlamentspräsident Marín zieht kritische Bilanz der Legislaturperiode

Bei der Feierstunde zum 29. Jahrestag der Annahme der spanischen Verfassung in einem Referendum, hat der ausscheidende Parlamentspräsident Manuel Marín (PSOE)



Konrad
Adenauer
Stiftung

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

mit einer denkwürdigen Rede für politischen Wirbel gesorgt. Die „Nummer Drei“ des spanischen Staates erklärte am 6. Dezember im spanischen Parlament, die Gesellschaft werde keinesfalls eine weitere „so harte und rauhe Legislaturperiode“ wie die aktuelle mehr tolerieren. In klarer Anspielung



auf die beiden großen Volksparteien PP und PSOE erklärte Marín (Foto), sowohl „die Einen als auch die Anderen“ müssten trotz aller unterschiedlichen Meinungen versuchen, in den „grundsätzlichen Fragen unserer Demokratie“ wieder Übereinstimmung zu erreichen. Die heutigen Politiker rief der Parlamentspräsident dazu auf, den Geist der Fassung und des Übergangs zur Demokratie wieder zu beleben, der vom „Konsens“ und dem „Kennen der Grenzen“ geprägt gewesen sei. Das Wort „Konsens“ bedeute „den ständigen Willen, immer zu Einigungen zu gelangen, die das Leben der Spanier erleichtern“. Gleichzeitig ließ der Parlamentspräsident die Tür für mögliche Verfassungsänderungen offen, als er bemerkte, die Verfassung sei kein „unantastbarer Mythos“ aber die „Grundvoraussetzung dafür, um zu verstehen, was das Spanien von heute ausmacht“.

Die konservative Tageszeitung „ABC“ sieht in den Worten Maríns eine „ethische Lehrstunde“ für alle Politiker. Diese habe sich Marín deshalb erlauben können, da im Gegensatz zu anderen Politikern sein Ausscheiden aus der Politik bereits feststehe.

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero vermied es, direkt auf die Kritik Maríns einzugehen. Die Rede sei wie alle Reden, die er in den letzten vier Jahren von Marín gehört habe, „richtig“ gewesen. PSOE-Fraktionschef Diego Lopez Garrido (Foto)



glaubt, die Kritik sei vor allem gegen „die Strategie der Polarisierung, die die PP in dieser Legislaturperiode entwickelt hat, um Opposition zu machen“, gerichtet gewesen. Oppositionsführer Mariano Rajoy hingegen machte die PSOE für die Polarisierung in Spanien verantwortlich. Auf die Frage, ob er glaube, dass Marín mit seiner Kritik auf die PP angespielt habe, antwortete er: „Ich bin überzeugt, dass dies nicht der Fall ist“.

Die kritische Rede zur Legislaturperiode ist eine der letzten Maríns als Parlamentspräsident. Bis spätestens Mitte Januar soll sich



das Parlament selbst auflösen, um die Parlamentswahlen am 9. März abzuhalten. Ministerpräsident José Luis Rodríguez

Zapatero hat bereits vor einige Monaten angekündigt, seinen ehemaligen Verteidigungsminister, den gemäßigten und charismatischen José Bono, wieder in die Politik als Parlamentspräsident zurückzuholen, sollte die PSOE stärkste Fraktion werden. Politische Beobachter gehen davon aus, dass die Rede Maríns als „persönliche Abstrafung“ Zapateros beabsichtigt war.

>> Festnahmen nach tödlichem ETA-Anschlag

Der ETA-Anschlag im südwestfranzösischen Urlaubsort Capbreton vom 1. Dezember hat nach dem 24jährigen spanischen Polizisten der Guardia Civil Raúl Centeno auch ein zweites Todesopfer gefordert. Der 23jährige Kollege Centenos, Fernando Trapero, erlag am Mittwoch seinen schweren Verletzungen in einem Krankenhaus im französischen Bayonne. Die beiden in Zivil gekleideten Polizisten hatten sich wegen eines speziellen Beobachtungsauftrages in Südfrankreich aufgehalten. Als sie ein Café verließen, eröffneten die ETA-Terroristen das Feuer. Centeno wurde mehrfach in den Nacken getroffen und starb auf der Stelle. Trapero erlitt eine irreparable Schusswunde im Gehirn.



Bei dem Anschlag handelte es sich um den ersten der ETA auf französischem Boden seit 31 Jahren und den ersten tödlichen seit dem Bombenattentat auf den Flughafen von Madrid am 30. Dezember 2006, bei dem zwei ecuadorianische Einwanderer den Tod gefunden hatten.

Die französische Polizei gab unterdessen die Festnahme von zwei der drei Haupttatverdächtigen bekannt. Die in Spanien polizeilich gesuchten ETA-Terroristen Saïoa Sánchez Iturriegui und Asier Bengoa López seien nach einer mehrtägigen Verfolgungsjagd im südwestfranzösischen Ort Châteauneuf de Randon an einer Bushaltestelle gefasst worden. Ein dritter Haupttatverdächtiger wird weiter gesucht. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy rief den spanischen Regierungschef José Luis

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Rodríguez Zapatero per Telefon an, um ihm zu versichern, er könne sich beim Kampf gegen die ETA auf Frankreich „verlassen“.

Die spanische Politik schloss in ersten Reaktionen auf das Attentat demonstrativ den Kreis hinter den Terroropfern. Ein sichtlich



mitgenommener Ministerpräsident (Foto) trat in Madrid vor die Presse und verlieh seinem „Schmerz“ und seiner

„radikalen Verurteilung“ des Mordes Ausdruck. Zapatero erklärte: „Mehr als je zuvor müssen die Terroristen wissen, dass wir alle gegen sie vereint sind. Sie müssen wissen, dass wir mit jedem Nachdruck unsere Freiheit gegenüber dem Tod, dem Totalitarismus, der Bedrohung, der Erpressung und der Nötigung verteidigen.“

Auch Oppositionsführer Mariano Rajoy verurteilte den Anschlag aufs schärfste. Staatstragend erklärte er, eine Terrorgruppe könne niemals die „Schlacht“ gegen eine 45 Millionen Menschen umfassende Nation gewinnen. „Besiegen wir die ETA und gewinnen wir so die Rechte der Bürger zurück! Jeder Spanier soll dies wissen: Wir werden sie besiegen“, so der Oppositionsführer.



Beide Toten wurden im Beisein des spanischen Königs paares und der ersten Reihe der Politik mit Staatsakten und posthumen Ordensverleihungen geehrt.

Von Seiten der spanischen Volkspartei und den Anti-Terror-Bürgerinitiativen wird nach dem Anschlag wiederholt vor allem eine konkrete politische Forderung immer lauter: Ein Parteiverbot für die radikalen baskischen Kleinparteien „Baskisch-Nationalistische Aktion“ (ANV) und „Kommunistische Partei der Baskischen Länder“ (PCTV). Grund hierfür ist deren Weigerung, den Anschlag zu verurteilen, und sich von der ETA-Gewalt allgemein zu distanzieren. Justizminister Mariano Fernández Bermejo sieht die Bedingungen für solche Parteienverbote aus juristischer Sicht jedoch noch nicht gegeben. Zwar sammle man weiter Indizien, diese reichten für ein Verbotsverfahren jedoch noch nicht aus. Ministerpräsident Zapatero erklärte, die beiden Kleinparteien seien „heute schwächer als gestern“, allerdings sei ein Verbot Sache der Justiz.

Innerhalb der ETA selbst ist unterdessen ein Strategiewechsel festzustellen. Während

man bisher meist besonders symbolträchtige Gebäude oder bewusst politische Führungsfiguren angriff und dabei auch einige von ihnen ermordete, richteten sich die jüngsten tödliche Angriffe der ETA gegen niedere Bedienstete, etwa der spanischen Polizei. Bereits am 9. Oktober war der Bodyguard eines sozialistischen baskischen Regionalpolitikers einem auf ihn gerichteten Anschlag nur knapp entgangen, als er sich nach einer Autobombe selbst aus seinem brennenden Privatfahrzeug hatte befreien können. Dieser Strategiewandel der ETA legt mehrere



Schlüsse nah. So könnte es sein, dass die ETA jetzt einfach Todesopfer sucht, um auf sich aufmerksam zu

machen. Vielleicht ist die ETA aber auch derrart geschwächt, dass sie es organisatorisch nicht mehr schafft, gezielte Anschläge auf höhere Persönlichkeiten zu verüben. Auch eine geschwächte ETA bleibt jedoch sehr gefährlich und ist vielleicht sogar besonders unberechenbar. Die Niederschlagung der Terrororganisation stellt jedenfalls weiterhin eine große Herausforderung an die spanische Politik und den Rechtsstaat dar.

>> Zapatero will Vermögenssteuer abschaffen

Der Chef der kommunistischen Partei „Vereinigte Linke“ (IU), Gaspar Llamazares (Foto), rieb sich über den Wahlkampf von PP



und PSOE verwundert die Augen: „Die Welt steht auf dem Kopf: Die PP kündigt

Steuererleichterungen für Geringverdiener an und die PSOE für die Reichen“.

Grund für die Verwunderung Llamazares' war die jüngste Ankündigung von Ministerpräsident Zapatero, im Falle eines Sieges bei den kommenden Parlamentswahlen im März 2008 die Vermögenssteuer abschaffen zu wollen. Dies kündigte Zapatero auf einem Kongress an, der vom Wirtschafts magazin „The Economist“ veranstaltet wurde. Nach Angaben der Tageszeitung „ABC“ habe der Ministerpräsident diese Entscheidung bereits vor einem Monat zusammen mit seinem Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes getroffen. Zurzeit liegt die Kompetenz für die Erhebung der Vermögenssteuer bei den Autonomen Regionen Spaniens. Zapatero reagiere damit nach Zeitungsberich-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

ten auf die Vorstöße einiger dieser Regionen (darunter die Regionen Madrid, Katalonien und Valencia), die von sich aus bereits angekündigt haben, die Vermögenssteuer schrittweise absenken zu wollen. Der Ministerpräsident kündigte außerdem an, die entstehenden Einnahmefälle für die Regionen ausgleichen zu wollen. Seiner Ansicht nach werde durch die Vermögenssteuer in erster Linie die Mittelschicht und weniger die Oberschicht betroffen. Insgesamt soll die Reform die spanischen Steuerzahler um ca. 1,4 Milliarden Euro pro Jahr entlasten. Die regierungsnahe Tageszeitung „El País“ bewertet den Vorstoß des Ministerpräsidenten als richtungweisend für den politischen Kurs der Regierung. Demnach sei die Abschaffung der Vermögenssteuer ein wichtiger wirtschaftspolitischer Reformvorstoß und ein Zeichen dafür, dass sich Zapatero in die politische Mitte bewege.



>> Nationalisten fordern mehr Selbstbestimmung für Katalonien

Vergangenes Wochenende fand in Barcelona eine Massenkundgebung statt, die eigentlich als Protestaktion gegen das von der Zentralregierung mitverursachte Chaos bei der Infrastruktur um die AVE-Schnellbahntrasse begann, sich jedoch schließlich zu einer katalanistisch-nationalistischen Kundgebung entwickelte. Das Motto des Marsches war: „Wir sind eine Nation und stolz darauf – Wir haben das Recht, über unsere Infrastruktur zu entscheiden“. Wie fast immer bei Massendemonstrationen in Spanien, schwankten die Teilnehmerzahlen gewaltig. Die Sicherheitskräfte sprachen von rund 200.000



Menschen, während die Veranstalter die Teilnehmerzahl mit 700.000 angab. Nach Angaben der katalanischen Zeitung „La Vanguardia“ handelte es sich um die größte Demonstration seit den Kundgebungen gegen den Irakkrieg im Jahr 2002. Der Protestzug richtete sich in erster Linie gegen die Art und Weise, wie katalanische Steuergelder für „zentralstaatliche Zwecke“ missbraucht würden. An der Demonstration nahmen auch die ehemaligen katalanischen Regierungspräsidenten Jordi Pujol (CiU) und

Pasqual Maragall (PSC) teil sowie die beiden ehemaligen katalanischen Parlamentspräsidenten Heribert Barrera und Joan Rigol. Auch die Chefs der CiU-Partnerparteien CDC und UDC nahmen Seite an Seite an dem Marsch teil und skandierten „Som una nació“ („Wir sind eine Nation“), genauso wie der Vorsitzende der Linksnationalisten (ERC), Josep Lluís Carod Rovira.

In der Linie seiner Idee einer „Neugründung des Katalanismus“ forderte Artur Mas (Foto) alle Parteien auf, gemeinsam die Interessen Kataloniens zu verteidigen mit all seinen Konsequenzen“. Der radikal-nationalistische Carod Rovira ging noch einen Schritt weiter: „Wenn wir heute die Selbstbestimmung über die Infrastruktur fordern, werden wir morgen fordern, darüber zu entscheiden, ob wir weiter daran interessiert sind, zum spanischen Königreich zu gehören.“

Die Fortsetzung der Infrastrukturkrise und die wachsenden Proteste gegen die Zentralregierung in Madrid setzen Ministerpräsident Zapatero zunehmend unter politischem Druck. Sorge bereitet ihm vor allem, dass der Koalitionspartner der sozialistischen Regierung in Barcelona, die linksnationalistische ERC, sich auf die Seite der Opposition geschlagen hat. Denn der Regierungschef ist auf die Stimmen der ERC auch auf nationaler Ebene angewiesen. Denn für eine erneute Regierungsbildung nach den Wahlen im März ist die PSOE auf die ERC angewiesen. Sollte die Krise andauern, könnte es auf regionaler Ebene zu einem erneuten Koalitionsbruch zwischen den Sozialisten und Linksnationalisten kommen. Letztendlich hofft das Parteienbündnis CiU, welches die stärkste Fraktion im katalanischen Parlament bildet, auf einen Zusammenbruch der Regionalregierung in Barcelona, um dann mit der ERC eine „Regierung der Nationalisten“ schließen zu können.

>> Skandal um illegale Abtreibungspraxis in Barcelona

Die spanische Polizei hat in der vergangenen Woche einen Schlag gegen illegal arbeitende Abtreibungsärzte in Barcelona durchgeführt. Dabei wurden sechs Personen festgenommen. Drei von ihnen wurden wegen illegaler Abtreibung in drei Zentren, Urkun-



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

denfälschung, illegaler Berufsausübung und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung in Untersuchungshaft genommen. Unter den Festgenommenen befindet sich der Kopf des Abtreibungsgeschäftes, der peruanisch stämmige Arzt Carlos Morín. Polizeiangaben zufolge habe er zwischen 3.000 und 6.000 Euro pro Abbruch verlangt. Er habe, um selbst bei Frauen, die bereits in der 35. Woche schwanger waren, noch Abtreibungen durchführen zu können, psychologische Gutachten der betroffenen Frauen gefälscht. Die Festnahmen basierten auf Zeugenaussagen von 25 Frauen, die die Dienste Moríns und seiner Helfer in Anspruch genommen hatten. Auf vorgelegtem Bildmaterial war das Klinikpersonal bei der Arbeit meist mit Maske zu sehen, was die Identifikation erschwerte. Täglich sollen fünf bis sieben Abtreibungen vorgenommen worden sein. Meist hatten die Föten dabei deutlich die zwölfte Schwangerschaftswoche überschritten.

Die spanische Presse informierte über weitere Details des Geschäftes von Dr. Morín. Die liberale Zeitung „El Mundo“ schreibt, der **EL MUNDO** festgenommene „Abtreibungsunternehmer“ habe bei einem - meist an der Steuer vorbei geschleusten - Jahreseinkommen von über 12 Millionen Euro ein Luxusleben geführt. Ausländischen Interessentinnen an seinen Diensten habe er Pauschalreisen organisiert, „Abtreibung, Hotel und Verpflegung inklusive“.

In Spanien sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Schwangerschaftswoche (bei Vergewaltigung) und bis zur 22. Schwangerschaftswoche (bei Missbildung des Fötus) legal. Im Falle einer Gefahr für Leben oder (physische oder psychische) Gesundheit der Frau stellt das Gesetz jedoch keine Fristen für einen legalen Schwangerschaftsabbruch auf. In der Praxis wird diese Gesetzgebung sehr großzügig interpretiert, so dass die Abtreibung in Spanien vergleichsweise leicht verfügbar ist. 97 Prozent der Abtreibungen werden dabei mit der „körperlichen oder psychischen Gesundheit“ (medizinische Indikation) der Frau begründet. Immer wieder kommen Frauen in fortgeschrittenem Schwangerschaftsstadium aus dem Ausland nach Spanien, um dort ihre Schwangerschaft beenden zu lassen.

Die jetzigen Ermittlungen waren durch ein

dänisches Kamerateam forciert worden, in dem eine angeblich in der 31. Woche schwangere Frau per Telefon von Dr. Morín die Auskunft erhalten hatte, eine Abtreibung sei für 4.000 Euro „ohne Probleme“ möglich, sofern die Frau „sobald wie möglich“ nach Barcelona käme. Das notwendige psychologische Gutachten sei reine „Bürokratie“. Der Skandal wurde ausgiebig in spanischen Zeitungen aller politischen Richtungen berichtet. Die Schlagrichtung der Kommentare war aber sehr unterschiedlich. Für die traditionell ein „Recht auf Abtreibung“ einfordernde Zeitung „El País“ sind die Vorfälle einmal mehr ein Hinweis darauf, dass die Gesetzeslage in Spanien „juristisch unklar“ sei. Theoretisch könnte jeder Abtreibungsarzt sowie jede Frau, die abtreibt, festgenommen werden. Deshalb sei ein Gesetz notwendig, welches Abtreibung in einem bestimmten Zeitfenster grundsätzlich für legal erklärt. Hinsichtlich des „Wirbels“ in der Presse müsse man abwarten, welche der Anklagen sich tatsächlich als wahr erwiesen.

Für die katholisch-konservative Zeitung „ABC“ hingegen weist die Gesellschaft ein großes Maß von „Heuchelei“ auf, wenn sie bei der Abtreibung still bleibe. Diese bedeutete nichts anderes als den „schmerzhaften Tod eines menschlichen Wesens“. Es gebe deshalb „weder wissenschaftliche noch legale Gründe“, um einem ungeborenen Kind denselben Schutz wie einem geborenen Menschen zu verweigern. Die Wirtschaftszeitung „La Gaceta“ weist darauf hin, dass die Hauptanklage gegen Dr. Morin nicht auf den Umständen der von ihm vorgenommenen Abtreibungen, sondern auf dem Fälschen von Gutachten beruhe. Die spanische Abtreibungsgesetzgebung sei nicht nur sehr ineffizient, sondern sie werde auch systematisch verletzt. Eine weitere Legalisierung der Abtreibung sei die falsche Lösung, da sich die „Legalisierung eines Verbrechens niemals eine juristische Lösung“ sein könne.

Unterdessen wurde bekannt, dass bereits Mitte November eine 24-jährige Niederländerin wegen Mordverdacht von den holländischen Behörden verhaftet worden sei. Die in der 25. Woche schwangere Frau soll nach holländischem Recht eine illegale Abtreibung in Barcelona vorgenommen lassen ha-



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

ben. In den Niederlanden ist eine Abtreibung bis zur 24. Woche möglich. Sie hätte erklärt, erst in der 22. Woche schwanger zu sein.

>> Rodrigo Rato geht in die Privatwirtschaft

Der ehemalige spanische Wirtschaftsminister Rodrigo Rato (PP) unterzeichnete in der vergangenen Woche einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Senior-Generaldirektor bei der US-amerikanischen Unternehmens- und Investmentbank Lazard. Erst vor wenigen Wochen war der ehemalige parteiinterne Konkurrent von PP-Spitzendkandidat Mariano Rajoy von seinem Amt als Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgetreten. Diese Entscheidung hatte Rato (Foto) damit begründet, er wolle sich auf sein Privatleben konzentrieren und „seine beiden Söhne aufwachsen sehen“.



In seiner neuen Funktion bei Lazard bekleidet Rato einen Posten mit einer Funktion zwischen Finanzberater und reinem Exekutivleiter. Damit ist er zwar von der spanischen Politikbühne verschwunden, spielt aber innerhalb der einflussreichen Bank eine entscheidende Rolle. Der Präsident des Lazard-Direktoriums, Bruce Wasserstein, begründete die Einstellung Ratos mit dessen „reichen Kenntnissen in Fragen der Wirtschaft“ sowie mit seinen „Beziehungen im öffentlichen und privaten Sektor durch seine Erfahrung in höchsten Finanzämtern“.

Neben einem geschätzten Jahresgehalt von 2,7 Millionen Euro werde Rato in Zukunft auch privat als Unternehmensberater tätig sein, da er von jeglichem öffentlichen Amt befreit sei. „Er wird zwar viel reisen, bleibt aber in Europa bei seiner Familie“, sagte ein



Sprecher von Lazard zur neuen Aufgabe des von vielen als Architekt des spanischen Wirtschaftswunders angesehenen Rato. Rato selbst erklärte, er sei froh, „sich bei Lazard einzubringen und in einem weltweiten Netz mit professionellen Bankern zu arbeiten“.

Von Kritikern innerhalb der PP wird Rato vorgeworfen, sein neuer Arbeitsplatz in London sei alles andere als in der Nähe seiner Familie. PP-Chef Mariano Rajoy kommentierte die nun wohl endgültige Absage

Ratos an ein eventuelles PP-Kabinett mit den Worten: „Ich habe ja immer gesagt, daß er nicht zurückkommt. Mir wollte keiner glauben.“ Die Zeitung „El País“ mutmaßt, dass nun PP-Wahlprogrammkoordinator Juan Costa (Foto) als Finanzminister einspringen wird, falls die Volkspartei die Wahl gewinnt. Bei Rato hingegen wisse man nie, ob die Entscheidungen geplante Schachzüge oder einfach ein ständiger Kurswechsel seien, so die Zeitung weiter.



Sollten die nächsten Parlamentswahlen für die PP unterdessen verloren gehen und die Spekulationen über die Nachfolge Mariano Rajoy an der Parteispitze aufkommen, dürfte der Name Rodrigo Ratos trotz dessen neuem Job mit Sicherheit wieder auftauchen.

>> Iberia bleibt mehrheitlich in spanischer Hand

Die britische Fluggesellschaft British Airways hat die Übernahme der größten spanischen Fluggesellschaft Iberia durch das anglo-amerikanische Finanzkonsortium Texas Pacific Group Capital (TPG) verhindert. Die



British Airways ist selbst Teil der TPG-Gruppe, verzichtete aber auf ihr Vorkaufsrecht, als die Großbank BBVA (6,99 Prozent der Anteile) und deren Tochterunternehmen Altadis (6,42 Prozent) ihre Anteile an der angeschlagenen Fluggesellschaft Iberia veräußerte. Durch diesen Schritt schaltet die British Airways, die selbst 10 Prozent der Anteile hält und zudem technischer Partner der Iberia ist, ihre eigene Investorengruppe aus. Nutznießer des Verzichtes ist die spanische Bank „Caja Madrid“, bisher der größte Anteilseigner der ehemals staatlichen Fluggesellschaft.



Sie kaufte die Aktien auf und erhöhte ihren Anteil an Iberia auf insgesamt 23,4 Prozent. Sie baut damit ihre Stellung als größter Anteilseigner aus.

Zuvor war die Übernahmeofferte durch TPG durch die spanische Börsenaufsicht ohne Begründung zurückgewiesen worden. Obwohl die amerikanische Investorengruppe die Bedingungen der Iberia für eine Übernahme durch Mehrheitsanteile erfüllt hatte

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 39 |

10. DEZEMBER 2007

www.kas.de/Spanien

Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Johan-
nes Herz/ Oliver Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spanien

– die Mehrheit des Kapitals ist spanisch, es gibt einen Geschäftsplan und einen Industriepartner (British Airways) - entschied sich die Iberia für die „Caja Madrid“ als Bieter. Diese hatte vergangene Woche den gleichen Preis pro Aktie wie die TPG geboten (3,60 Euro). Alle Mehrheitsaktionäre der Iberia kommen nach dem Verkauf aus dem Großraum Madrid. Gemeinsam bilden sie die so genannte „Entidad madrileña“ (Madrider Einheit). Geleitet wird diese Gruppe von der Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre (Foto).



Mit dem Rückzug der TPG braucht diese „Entidad Madrileña“ jetzt nur noch zwei weitere Investoren, um mehrheitsfähige Beschlüsse durchzusetzen und so zu verhindern, dass die Aktie weiter an Wert verliert. Harsche Kritik an dem Ablauf des Verkaufsvorgangs übte Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (PSOE). Der Verkauf der Iberia könne nicht durch nationalen Interventionismus beeinflusst werden. Die spanische Wirtschaftszeitung „Expansión“ zitierte ihn mit den Worten, es erscheine ihm unwichtig, dass die Investoren Spanier seien. „Wir können nicht sagen, dass es uns gefällt, wenn spanische Unternehmen ins Ausland gehen, dass es uns aber nicht gefällt, wenn ausländische Unternehmen nach Spanien kommen; das wäre widersprüchlich.“

Durch das technische Know-How von British Airways und das Kapital der „Caja Madrid“ soll das Unternehmen vor allem in Südamerika besser platziert werden. Um diesen für Iberia historisch wichtigen Luftraum besser auszulasten, soll demnächst der Flughafen Barajas in Madrid durch Subventionen erneut massiv ausgebaut werden.

>> OECD: Portugal einziges Land mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum

Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung (OECD) kann Portugal als einziges europäisches Land

in diesem und dem nächsten mit einem beschleunigten Wirtschaftswachstum rechnen. Die OECD sagt für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,8 und für das nächste von 2,0 Prozent voraus. 2009 werde das

Wirtschaftswachstum demnach sogar bei 2,2 Prozent liegen. Sollten sich diese Voraussagen bestätigen, läge das südeuropäische Land damit erstmals seit 2001 über dem durchschnittlichen Wachstumswert der Europäischen Union. Gründe für das Wachstum sei vor allem ein Anstieg des Exportes, der ausländischen Investitionen im Land sowie Strukturreformen in der Wirtschaft.

Für den sozialistischen Ministerpräsidenten José Sócrates ist die OECD-Studie eine erfreuliche Nachricht. Das Land, das zur Zeit der Amtsübernahme von Sócrates im Jahre 2005 ein Haushaltsdefizit von rund 6,8 Prozent verzeichnete und damit gegen die Maastrichter Stabilitätskriterien eklatant verstieß, hat die wirtschaftliche Talsohle überschritten und befindet sich auf dem



Weg der Besserung. Sócrates (Foto) hatte dazu tiefe Einschnitte in das Sozialwesen vorgenommen und die Steuern radikal erhöht. Zahlreiche Protestmärsche und von den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreiks folgten, die jedoch in diesem Jahr abebbten. Damit erhöhen sich die Chancen für Sócrates, die nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2009 für sich zu entscheiden. Darüber hinaus kommt ihm zupass, dass sich die größte Oppositionspartei, die konservative PSD, in einer Identitäts- und Personalkrise befindet, aus der sie trotz der überraschenden Wahl ihres neuen Parteivorsitzenden, Luís Filipe Menezes, nicht herauszukommen scheint.